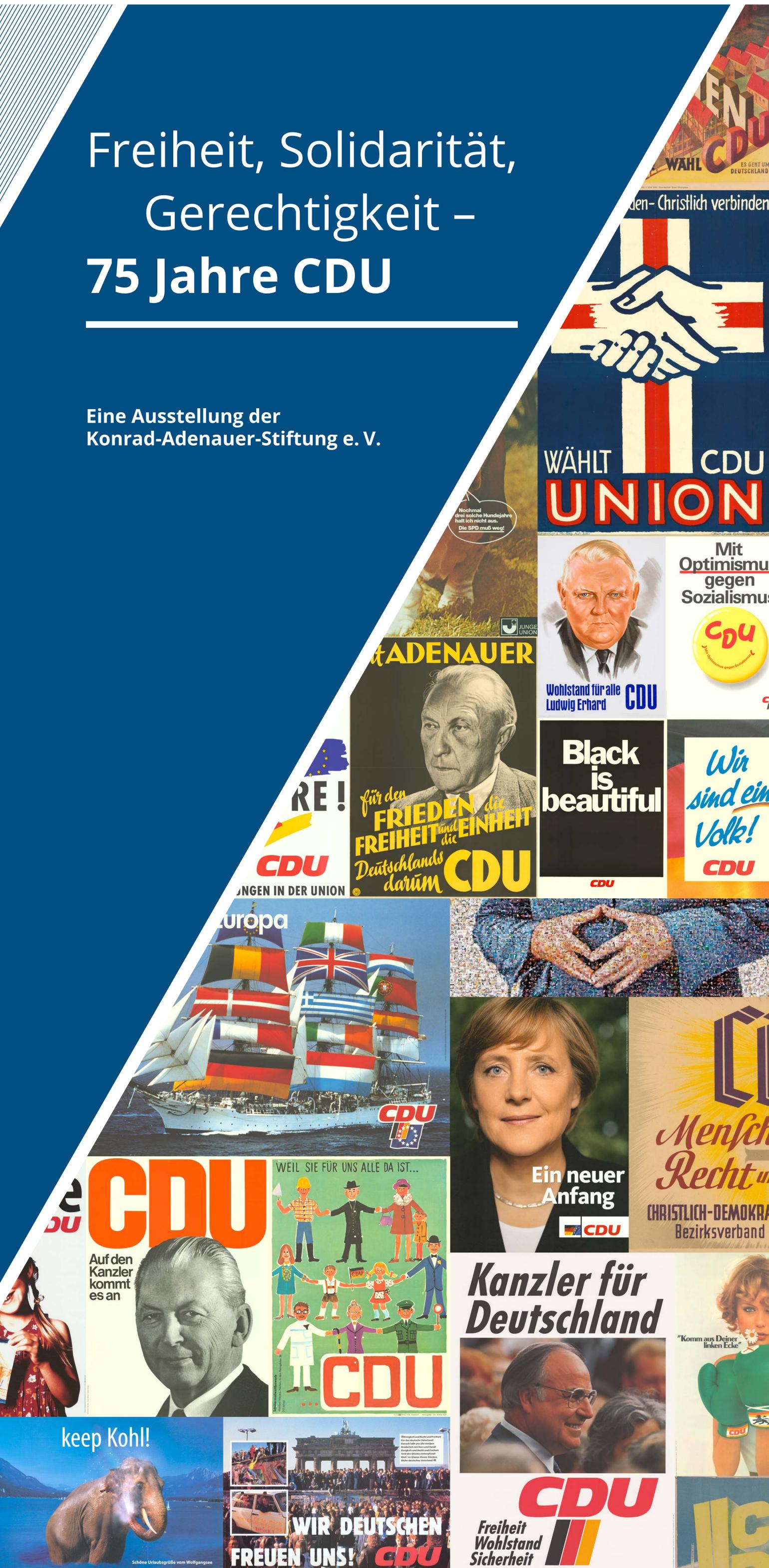


Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit – 75 Jahre CDU

Eine Ausstellung der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



Christliche Volkspartei der Mitte

Als Reaktion auf das Scheitern der Weimarer Republik, auf den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg bilden sich christlich-demokratische Parteigruppierungen, die sich zur Christlich Demokratischen Union (CDU) vereinen. Ziel der Union ist es, die Würde und Freiheit des Einzelnen gegen übertriebene Machtansprüche des Staates zu sichern. Grundlage dafür ist das christliche Menschenbild.

Die Gründung der CDU verändert die Parteienlandschaft: Als Volkspartei führt sie verschiedene soziale Schichten, die Konfessionen sowie Stadt und Land zusammen. Sie vereint liberale und konservative Ideen, katholische Soziallehre und evangelische Sozialethik zu einem integrativen Politikkonzept einer Partei der Mitte. Auf dieser Grundlage stellt die CDU seit 1949 die maßgeblichen politischen Weichen für die Bundesrepublik.

Bis heute sind Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit zentrale Werte für die Christliche Demokratie. Gerade die Vielfalt der Ideen ermöglicht der Volkspartei CDU, auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Chronologie

Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Geschichte der CDU

1945	Bedingungslose Kapitulation Potsdamer Konferenz	Gründung der CDU auf lokaler und regionaler Ebene
1949	Gründung der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauer wird erster Bundeskanzler Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)	Gründung der Bundes-CDU in Goslar, Konrad Adenauer wird erster Vorsitzender
1953	Volksaufstand des 17. Juni in der DDR	
1955	NATO-Beltritt	
1957	Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschafts- gemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)	
1961	Mauerbau	
1963	Ludwig Erhard wird Bundeskanzler	
1966	Kurt Georg Kiesinger wird Bundeskanzler der ersten Großen Koalition	Ludwig Erhard wird Bundesvorsitzender der CDU Kurt Georg Kiesinger wird Bundesvorsitzender der CDU
1971	Inkrafttreten der Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen	Rainer Barzel wird Bundesvorsitzender der CDU
1972		Helmut Kohl wird Bundesvorsitzender der CDU
1973		
1978		Verabschiedung des ersten Grund- satzprogramms in Ludwigshafen
1982	Helmut Kohl wird Bundeskanzler Nachrüstung gemäß dem NATO-Doppelbeschluss	
1989	Mauerfall	Reform der CDU der DDR
1990	Deutsche Einheit	Vereinigung der ost- und west- deutschen CDU-Landesverbände in Hamburg
1992	Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht über die Europäische Union	
1994		Verabschiedung des Grund- satzprogramms in Hamburg
1998		Wolfgang Schäuble wird Bundesvorsitzender der CDU
2000		Angela Merkel wird Bundesvorsitzende der CDU
2005	Angela Merkel wird Bundeskanzlerin	
2007	Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon zur Reform der Europäischen Union	Verabschiedung des Grundsatz- programms in Hannover
2012	Verabschiedung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)	
2018		Annegret Kramp-Karrenbauer wird Bundesvorsitzende der CDU



V.l.n.r.: Clement Attlee,
Harry S. Truman, Josef Stalin
picture alliance/ok-images



KAS



dpa - Bildarchiv/DB



ullstein bild



KAS/Peter Bouserath



KAS/Sloimfoto



ap/dpa/picture alliance/
Süddeutsche Zeitung Photo



photothek.net/Süddeutsche
Zeitung Photo



dpa - Report



dpa - Fotoreport/
Thomas Köhler



dpa - Fotoreport/Michael Jung



picture alliance/Sven Simon

Gründung der CDU

1945 wird Deutschland westlich der Oder-Neiße-Linie von den Alliierten in vier Besatzungszonen aufgeteilt. In allen Zonen entstehen Gruppierungen, in denen sich Christen aller Schichten und Konfessionen versammeln.

Die Idee der christlichen Volkspartei wird deutlich in dem Berliner Gründungsaufwurf und in den Kölner Leitsätzen. Sie sind zentral für die Programmentwicklung der CDU.

In der britischen Zone gelingt es der Union zuerst, eine schlagkräftige Parteiorganisation aufzubauen. An ihrer Spitze steht seit Januar 1946 Konrad Adenauer. Sie wird zu einer wichtigen Keimzelle der Bundespartei. Bei den ersten Kommunal- und Landtagswahlen erzielt die CDU in allen Besatzungszonen große Erfolge.



Interzonale Zusammenarbeit
Tagung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, v. l. n. r.: Friedrich Holzappel (1900–1969), Ulrich Steiner (1908–1961), Bruno Döringhaus (1903–1955), Ernst Lemmer (1892–1970), Konrad Adenauer (1876–1967), Jakob Kaiser (1888–1961), Hugo Hickmann (1877–1955), Erich Köhler (1892–1958)

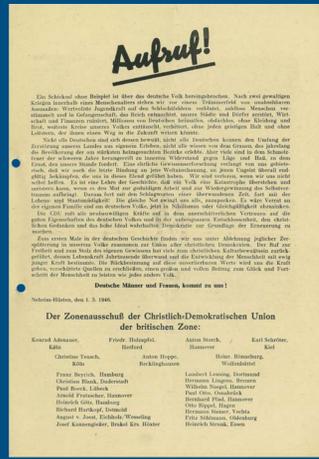
Frankfurt am Main, 26. April 1948
dpa – Bildarchiv

Ende 1945 richtet die CDU einen Zonenverbindungsausschuss mit einem Büro in Frankfurt am Main ein. Daraus entsteht 1946 die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU unter dem Vorsitz Konrad Adenauers. Durch die Verschärfung des Kalten Kriegs und die sich vertiefende deutsche Teilung können ab Herbst 1948 Vertreter der CDU aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nicht mehr an den Tagungen teilnehmen.



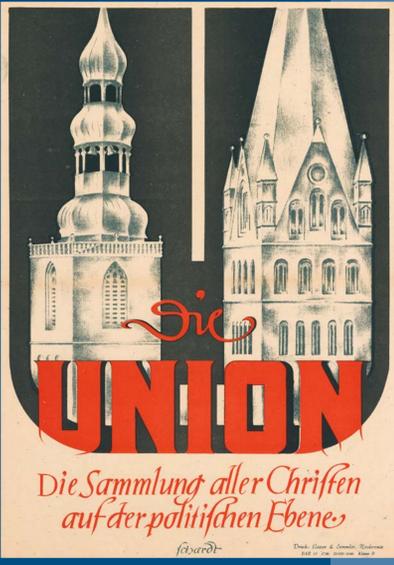
Berliner Gründungsaufwurf
Berlin, 26. Juni 1945
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,
Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Dem Berliner Gründungskreis gehören Frauen und Männer aller Schichten und Konfessionen an. Die meisten von ihnen waren während der Weimarer Republik im Zentrum, in den bürgerlich-protestantischen Parteien oder in den christlichen Gewerkschaften aktiv. Im Dritten Reich gingen viele von ihnen in den Widerstand. Ihr Aufruf an alle Bürger zur Mitarbeit in der CDU findet weite Verbreitung.



CDU in der britischen Besatzungszone
Nahem-Hützen, 1. März 1946
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,
Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Besonders in Teilen der britischen Zone kann die CDU an die Tradition der katholischen Zentrumspartei anknüpfen und eine umfassende Parteiorganisation mit Landes- und Kreisverbänden aufbauen. Viele bekannte CDU-Politiker beginnen hier ihre Karriere wie Konrad Adenauer, der spätere Bundesarbeitsminister Anton Storch (1892–1975), die spätere Kultusministerin Nordrhein-Westfalens Christine Teusch (1888–1958) und der Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein Carl Schröter.



Sammlungspartei
Nordrhein-Westfalen, 1946
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Das Plakat zur Kommunalwahl 1946 in Nordrhein-Westfalen zeigt mit einer katholischen und einer protestantischen Kirche anschaulich den überkonfessionellen Anspruch der CDU.



Heinrich Krone (1895–1989)
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V./Slomifoto

Reichstagsabgeordneter des Zentrums, CDU-Gründer in Berlin, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, Bundesminister



Werner Hilpert (1897–1957)
dpa – Bildarchiv

Vorsitzender des Zentrums in Sachsen, Widerstandskämpfer, CDU-Gründer in Frankfurt/Main, CDU-Vorsitzender in Hessen, Landesminister



Eugen Gerstenmaier (1906–1986)
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V./Slomifoto

Evangelischer Theologe, Widerstandskämpfer, Bundestagspräsident



Andreas Hermes (1878–1964)
Stadtarchiv und Stadthistorische Bibliothek Bonn/Kathe Augenstein

Reichsminister (Zentrum), Widerstandskämpfer, CDU-Gründer in Berlin, CDU-Vorsitzender in der SBZ



Karl Arnold (1901–1958)
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V./Peter Bausersath

Christlicher Gewerkschafter, Widerstandskämpfer, CDU-Gründer in Düsseldorf, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen



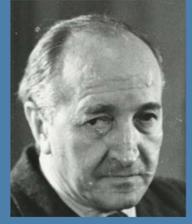
Elfriede Kaiser-Nebgen (1890–1983)
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V./Slomifoto

Gewerkschaftsreferentin, Widerstandskämpferin, CDU-Gründerin in Berlin



Hugo Hickmann (1877–1955)
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Evangelischer Theologe, Landtagsabgeordneter der nationalliberalen Deutschen Volkspartei, CDU-Gründer in Dresden, CDU-Vorsitzender in Sachsen, Mitglied der Volkskammer der DDR



Carl Schröter (1887–1952)
Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 2003.2, Nr. 1835

Vorsitzender der national-liberalen Deutschen Volkspartei in Schleswig-Holstein, CDU-Gründer in Kiel, CDU-Vorsitzender in Schleswig-Holstein

Volkspartei

Die CDU knüpft an die Traditionen des Zentrums und der bürgerlich-protestantischen Parteien der Weimarer Republik an. Indem sie diese verschiedenen Strömungen zusammenführt, entwickelt sie als Sammlungsbewegung enorme Integrationskraft.

Von Anfang an ist sie auf lokaler Ebene stark verankert. Dies spiegelt sich auch in ihrem föderalen Aufbau wider.

Die Vereinigungen vertreten die gesellschaftlichen Gruppen. Sie fungieren als Mittler zwischen Partei und Gesellschaft. Mitglieder einer Vereinigung müssen nicht der CDU angehören. Keine andere Partei bindet so unterschiedliche Gruppen ein. Das ist ein wichtiger Beitrag für eine stabile Demokratie.



Mittelstand und Arbeitnehmer

Bonn, 1974 (li.), Darmstadt, o. D. (r.)
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

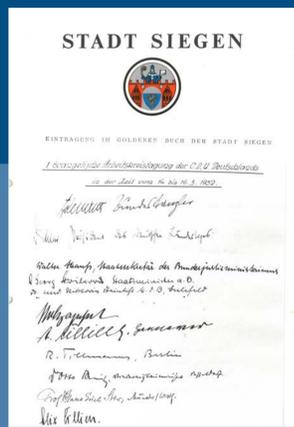
Sowohl die Interessen der Arbeitnehmer als auch die des Mittelstands werden in eigenen Sonderorganisationen gebündelt. Die Mittelstandsunion vertritt unternehmerische Interessen und befasst sich besonders mit Fragen der Eigentums- und Steuerpolitik. Stimme der Arbeitnehmer innerhalb der CDU sind die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft.



Für die politische Teilhabe von Frauen

Bonn, 1986
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Ziel der kurz nach dem Krieg entstehenden Frauenausschüsse (später Frauenvereinigung, seit 1988 Frauen-Union) ist die politische Teilhabe von Frauen. Die Mitgründerin Aenne Brauksiepe (1912–1997) ist überzeugt, dass »die Last der Geschichte [...] Männern und Frauen gleichermaßen auferlegt« ist. Eine der profiliertesten Vorsitzenden der Frauen-Union (1986–2001) ist die langjährige Bundesministerin und Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (*1937).



Interessenvertretung der evangelischen Mitglieder

Siegen, 16. März 1952
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Die CDU ist eine überkonfessionelle Partei. Da aber die Katholiken deutlich in der Mehrheit sind, wird der Evangelische Arbeitskreis gegründet. Er vertritt die Interessen der evangelischen Parteimitglieder. Die Gründungstagung findet vom 14. bis 16. März 1952 in Siegen statt. Die Teilnehmer tragen sich in das Goldene Buch der Stadt ein, darunter auch Bundeskanzler Konrad Adenauer (ganz oben).



Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA), gegründet 1947



Junge Union Deutschlands (JU), gegründet 1947



Frauen-Union (bis 1988 Frauenvereinigung) der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (FU), gegründet 1948



Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPVD), gegründet 1948



Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung in der CDU/CSU – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge (OMV), gegründet 1950



Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), gegründet 1951



Evangelischer Arbeitskreis (EAK), gegründet 1952



Mittelstands- und Wirtschaftsunion (bis 2019 Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung) der CDU/CSU (MIT), gegründet 1956



Senioren-Union der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (SU), gegründet 1988

Die CDU ist die erste echte Volkspartei in der deutschen Geschichte. Sie verbindet verschiedene Konfessionen, Generationen, Berufsgruppen und soziale Schichten. Dies zeigt sich besonders in den Vereinigungen und Sonderorganisationen. Die meisten werden von der bayerischen Schwesterpartei, der Christlich-Sozialen Union (CSU), mitgetragen.



»Gut für jung und alt«

V. l. n. r.: Otto Wulff (*1933), Vorsitzender der Senioren-Union, Ronald Rajalla (*1958), Generalsekretär der CDU, und Philipp Mijßfelder (1979–2015), Vorsitzender der Jungen Union, bei der Präsentation der »Union der Generationen«-Tours.

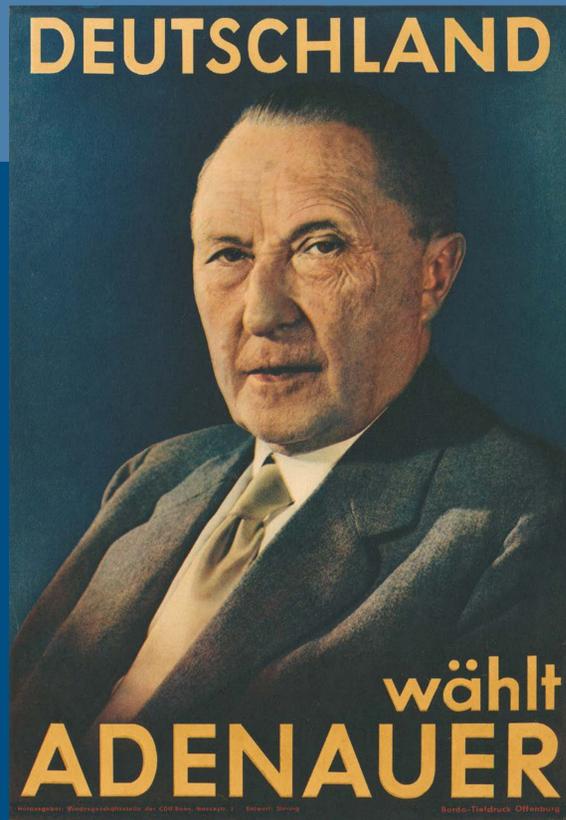
Berlin, 2009
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Die kurz nach dem Krieg gegründete Junge Union bemüht sich um die Vertretung der Interessen der jungen Generation. Angesichts einer alternden Gesellschaft wird 1988 die Senioren-Union gegründet. Sie versteht sich als »Anwältin der Senioren«. Trotz mancher Meinungsverschiedenheiten in der Sache betonen die beiden Vereinigungen auch in gemeinsamen Veranstaltungen das Miteinander der Generationen.

Von Adenauer zur Großen Koalition

Erst 1950 wird in Goslar die Bundespartei gegründet und Konrad Adenauer zum Vorsitzenden gewählt. Die Politik der Bundesregierung prägt nun das Bild der CDU. Die Regierungspolitik ersetzt ein Parteiprogramm.

Nach der Ära Adenauer 1963 beginnt eine Übergangszeit, bis 1969 stellt die CDU aber weiter den Bundeskanzler. Während der Großen Koalition von 1966 bis 1969 gewinnt die Partei zunehmend an Bedeutung gegenüber der Fraktion im Bundestag. Dazu tragen das Berliner Programm von 1968 und der Neubau der Bundesgeschäftsstelle bei.



»Deutschland wählt Adenauer«

Bonn, 1953
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Von der Beliebtheit des Bundeskanzlers und seiner Politik profitiert auch die CDU: Von 1949 bis 1972 stellt sie die größte Fraktion im Deutschen Bundestag. Gegenüber der Politik der Bundesregierung tritt in dieser Zeit die Partei eher in den Hintergrund.



Ende der Ära Adenauer

V. l. n. r.: Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU; Rainer Barzel (1924–2006), Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Ludwig Erhard (1897–1977); Konrad Adenauer; Josef Hermann Dufhues (1908–1971), Geschäftsführender Vorsitzender der CDU

Bonn, 21.–23. März 1966
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V./Peter Bousserath

Im März 1966 muss Adenauer auf dem Bundesparteitag in Bonn den CDU-Vorsitz dem von ihm wenig geschätzten Ludwig Erhard überlassen. Auf diesen folgt bereits 1967 Kurt Georg Kiesinger (1904–1988).



Neue Parteizentrale: Das Konrad-Adenauer-Haus

Bonn, 1970
Friedrich-Ebert-Stiftung/J. H. Dorchinger

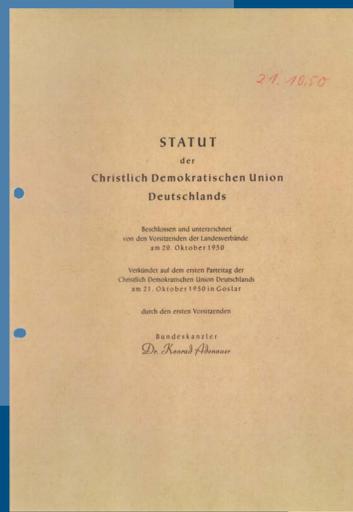
Mit dem Bau einer neuen Bundesgeschäftsstelle, die 1973 bezogen wird, stellt sich die CDU auch organisatorisch neu auf, um den Ansprüchen an eine moderne Volkspartei zu genügen.



Erster Bundesparteitag in Goslar

Goslar, 20.–22. Oktober 1950
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

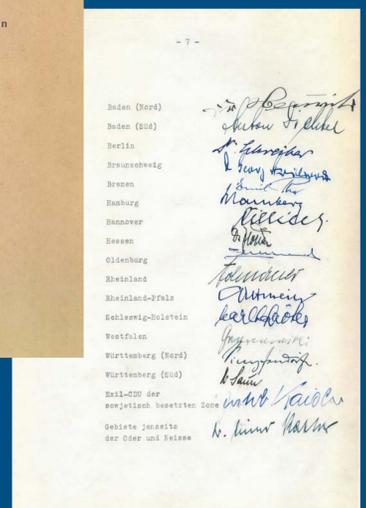
Auf dem ersten Bundesparteitag der CDU in Goslar wird Konrad Adenauer zum Vorsitzenden gewählt und das Parteistatut verabschiedet.



Statut der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Goslar, 21. Oktober 1950
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Mit der Unterschrift der Landesvorsitzenden unter das Statut der CDU wird die Bundespartei offiziell gegründet.



Programmatischer Aufbruch

Düsseldorf, 1968
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

1968 gibt sich die CDU erstmals seit 1953 wieder ein Programm. In einer die gesamte Partei einbeziehenden Diskussion verständigen sich die Mitglieder über das Selbstverständnis der CDU. Dieser Prozess, an dessen Ende das Berliner Programm steht, wird wegweisend für die Zukunft. Er ist der Auftakt für die Modernisierung der Partei und die weitere konzeptionelle Arbeit.

Regierungspartei

Die CDU ist über weite Strecken ihrer Geschichte auf Bundesebene in Regierungsverantwortung. Meistens sind Kanzlerschaft und Parteivorsitz in einer Hand.

Gemeinsam mit der CSU stellt die CDU fast durchgehend auch die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. Bei der Bundestagswahl 1957 erzielten CDU und CSU 50,2 Prozent und erringen damit die absolute Mehrheit.

Die Regierungsarbeit muss nicht nur mit der CSU, sondern auch mit den Koalitionspartnern abgestimmt werden.



Fast immer stärkste Kraft
Bundestagswahlen 1949–2017
ARD-Tagesschau, 2017, eigene Darstellung

Seit 1949 stellt die CDU gemeinsam mit der CSU fast immer die größte Fraktion im Deutschen Bundestag.



1957: Größter Erfolg der deutschen Wahlgeschichte
Bonn, 1957
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

CDU und CSU erzielten bei der Bundestagswahl 1957 die absolute Mehrheit. Nach acht Jahren erfolgreicher Aufbauarbeit entspricht der Slogan »Kurs halten!« offenkundig der Stimmung in der Bevölkerung. Nach den Wirren des Zweiten Weltkriegs und der Besatzungsjahre sehnt man sich nach Ruhe und Sicherheit. Hierfür steht der mittlerweile 81-jährige Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Erfolgreicher Wahlabend 2013
Mitglieder des Bundesvorstands feiern das gute Wahlergebnis.
V. l. n. r.: Armin Laschet (*1961), Ursula von der Leyen (*1958), Thomas Strobl (*1960), Gerda Hasselfeldt (CSU, *1950), Angela Merkel (*1954), Hermann Gröhe (*1961), Volker Kauder (*1949)

Berlin, 22. September 2013
dpa/Michael Kappeler

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 kommen CDU und CSU auf 41,5 Prozent. Die absolute Mehrheit der Mandate wird nur knapp verfehlt. Das in der Finanz- und Euro-Krise erworbene Vertrauen in die Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel wirkt sich aus.



»Wende« 1982
Bundespräsident Karl Carstens (1914–1992) mit dem ersten Kabinett Kohl
Bonn, 4. Oktober 1982
dpa – Bildarchiv/Wolfgang Eilmes

Mit dem ersten erfolgreichen konstruktiven Misstrauensvotum wird Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 Bundeskanzler. Nach 13 Jahren in der Opposition stellt die CDU wieder die Regierung. Bei der folgenden Bundestagswahl am 6. März 1983 verfehlt die CDU/CSU mit 48,8 Prozent die absolute Mehrheit nur knapp. Die neue Regierung widmet sich vor allem der dringend notwendigen Sanierung der Staatsfinanzen.



Kompromisse in der Koalition
V. l. n. r.: Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher (FDP, 1927–2016), Franz Josef Strauß (CSU, 1915–1988)
Bundesrepublik Deutschland, 1986
Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Walter Hanel

Die Regierungspolitik muss nicht nur mit der Schwesterpartei CSU, sondern auch mit dem jeweiligen Koalitionspartner abgestimmt werden – ein oftmals mühsamer Prozess. Der Karikaturist Walter Hanel spielt auf diese Problematik an, indem er die Schwierigkeiten bei der Einigung auf ein gemeinsames Wahlprogramm zwischen Bundeskanzler Kohl, Bundesaußenminister Genscher und dem CSU-Vorsitzenden Strauß darstellt.



Herausforderungen begegnen

Nach zwei Jahrzehnten in der Regierungsverantwortung ist die CDU ab 1969 erstmals in der Opposition. Die 1970er Jahre sind geprägt von Reformdebatten, die 1978 in das Grundsatzprogramm von Ludwigshafen münden. Das Verhältnis zur CSU ist in dieser Zeit nicht spannungsfrei. Mit dem Aufkommen der Grünen Anfang der 1980er Jahre beginnt sich das politische Spektrum zu erweitern.

Die CDU schärft nun weiter ihr programmatisches Profil und reagiert durch strukturelle Reformen auf die Veränderungen. In der zweiten Oppositionsphase ab 1998 muss sich die Partei nach der langen Ära Kohl neu aufstellen und die Folgen der Spendenaffäre überwinden.



Richard von Weizsäcker
o. O., 1978
Süddeutsche Zeitung Photo/Werck

»Aufbruch in die Zukunft«

Bonn, 1973
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Nach dem Verlust der Regierungsmacht 1969 werden programmatische und organisatorische Reformen unter dem neuen Vorsitzenden Rainer Barzel (ab 1971) begonnen. Sein Nachfolger Helmut Kohl (ab 1973) treibt sie energisch voran. Eine wichtige Rolle spielt der spätere Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920–2015) als Vorsitzender der Grundsatzkommission. Auf dem Ludwigshafener Parteitag 1978 wird das erste Grundsatzprogramm der CDU verabschiedet.



Konflikte unter Partnern
Helmut Kohl (l.) und Franz Josef Strauß

Bonn, 1. Dezember 1976
dpa – Report/Heinrich Sanden

Seit 1949 bilden CDU und CSU im Bundestag eine gemeinsame Fraktion. Auch wenn mitunter Spannungen bestehen, ist die Fraktionsgemeinschaft ein wichtiger Faktor für stabile Regierungen. Als die Regierungsübernahme 1976 knapp scheitert, beschließt die CSU-Landesgruppe im Bundestag bei ihrer Klausur in Wildbad Kreuth das Ende der Fraktionsgemeinschaft. Nach Widerstand der CDU und Protesten aus der CSU wird die Entscheidung schließlich zurückgenommen.



Neuer Aufbruch
Angela Merkel (l.) legt vor Bundestagspräsident Norbert Lammert (*1948) den Amtseid ab.

Berlin, 22. November 2005
picture alliance/Peter Kniefel/dpa

Nach der Wahlniederlage 1998 hat die CDU eine schwierige Phase zu überwinden. Die Spendenaffäre um den langjährigen Vorsitzenden Helmut Kohl belastet die Partei. Kohls Nachfolger Wolfgang Schäuble tritt als Vorsitzender der CDU zurück. Am 10. April 2000 wird Angela Merkel an die Spitze der CDU gewählt. Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 kann die CDU/CSU in einer Großen Koalition mit der SPD wieder regieren. Angela Merkel wird Bundeskanzlerin.

Aussöhnung mit Israel

Nach dem Zweiten Weltkrieg lastet auf Deutschland durch das beispiellose Verbrechen des Holocaust eine schwere Schuld. Konrad Adenauer strebt die Aussöhnung mit den Juden an. Für ihn ist dies moralisch geboten und Voraussetzung für die internationale Akzeptanz der Bundesrepublik.

Ein erster Schritt ist das Wiedergutmachungsabkommen, das Israel und die Bundesrepublik 1952 abschließen. Es folgen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Sicherheit. Für die CDU ist Israels Existenzrecht nicht verhandelbar.



Bundespräsident Richard von Weizsäcker am Grab von David Ben-Gurion
Sde Boker, 8. Oktober 1985
dpa – Bildarchiv/ivan Bajatz

Richard von Weizsäcker reist 1985 zu einem Staatsbesuch nach Israel. Es ist der erste Besuch eines amtierenden Bundespräsidenten in dem jüdischen Staat. Weizsäcker hat national und international hohe Anerkennung für seine Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa erhalten, in der er den 8. Mai 1945 als »Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft« bezeichnet hat.



Eröffnung des Konrad-Adenauer-Konferenzentrums
V. l. n. r. Teddy Kollek (1911–2007), ehemaliger Bürgermeister von Jerusalem; Bernhard Vogel (*1932), Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; Johannes Gerster (*1941), Leiter des Auslandsbüros Jerusalem der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Jerusalem, 31. Mai 2001
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

2001 wird in Jerusalem das Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum als interdisziplinäre Einrichtung eröffnet, um Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur zu Diskussionen, zum Ideenaustausch und zur Aussöhnung zusammenzuführen. Mit dem Zentrum wird zugleich Konrad Adenauer für seinen Einsatz für den jungen Staat Israel geehrt.



Sicherheit Israels als Staatsräson der Bundesrepublik

Jerusalem, 13. März 2008
Süddeutsche Zeitung Photo/José Giribás

Nach Helmut Kohls erfolgreicher Israelreise 1996, markiert Angela Merkels Besuch 2008 einen weiteren Höhepunkt in den deutsch-israelischen Beziehungen. Als erstes ausländisches Regierungsoberhaupt spricht die Bundeskanzlerin vor der Knesset, dem israelischen Parlament. Sie erinnert an die Verantwortung der Deutschen für den Holocaust und stellt fest: »Die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.« Mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert (*1945) unterzeichnet sie Abkommen über Bildungs-, Umwelt- und Verteidigungsprojekte.



»Die Bundesrepublik ist entschlossen, im Rahmen des Möglichen wiedergutzumachen, was Hitler dem Judentum angetan hat. Nichts hat uns hierzu gezwungen als die Forderung des eigenen Gewissens.«

Konrad Adenauer, 1952



Treffen zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion und Konrad Adenauer

New York, 14. März 1960
ullstein bild – BPA

Für Konrad Adenauer (r.) ist die Aussöhnung mit Israel oberstes Gebot. Gegen Widerstände setzt er 1952 das sogenannte Luxemburger Abkommen durch, das die Bundesrepublik zu Entschädigungszahlungen an Israel verpflichtet. Bei der ersten Begegnung Adenauers und Ben-Gurions (1886–1973) in New York im Jahr 1960 werden vor allem Wirtschaftshilfe und Rüstungslieferungen an Israel besprochen. Diplomatische Beziehungen nehmen Israel und die Bundesrepublik erst 1965 auf.

FREUNDE HALTEN ZUSAMMEN!



**SHALOM • FREIHEIT
SOLIDARITY**

JUNGE UNION

Freunde halten zusammen!

Bonn, o. D.
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Die Junge Union bekennt sich zur Solidarität mit Israel und den USA. Sie tritt damit der häufigen Verknüpfung von Israelkritik und Antiamerikanismus entgegen.

Deutsch-französische Freundschaft

Die CDU setzt sich nach dem Zweiten Weltkrieg konsequent für die Aussöhnung mit Frankreich ein. Die deutsch-französischen Beziehungen entwickeln sich zum Motor der europäischen Integration.

Der Elysée-Vertrag von 1963 festigt diese Freundschaft. Das Deutsch-Französische Jugendwerk ermöglicht den gegenseitigen Austausch zahlreicher Jugendlicher. Auch im Kultur-, Wirtschafts- und Verteidigungsbereich arbeiten Deutschland und Frankreich eng zusammen.



»Europa braucht Frankreich und Deutschland als Kern und Motor eines vereinten Europas.«

Helmut Kohl, 1993



Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Elysée-Vertrag)
Paris, 22. Januar 1963

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes; Bundesregierung/Ernst Schwahn

1963 unterzeichnen Konrad Adenauer (l.) und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle (r., 1890–1970) den Elysée-Vertrag. Darin wird die deutsch-französische Zusammenarbeit in den Bereichen Außenpolitik, Verteidigung, Erziehung und Jugend geregelt.

Helmut Kohl – Kanzler der Europäischen Einigung



Der französische Staatspräsident François Mitterrand und seine Partei werben im Europawahlkampf mit der Person des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl – als großer Europäer angesehen in ganz Europa.

Es ist vor allem sein Verdienst, daß Europa wieder neue Perspektiven hat und der große europäische Binnenmarkt verwirklicht wird.

Großes Europa, große Zukunft.

Christdemokraten bauen Europa



Helmut Kohl – Kanzler der Europäischen Einigung
Bonn, 1989

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Der französische Staatspräsident François Mitterrand (1916–1996) und seine Sozialistische Partei werben im Europawahlkampf mit einem Bild, auf dem sich Mitterrand (r.) und Helmut Kohl über den Gräbern von Verdun die Hände reichen. Die deutsch-französische Freundschaft wird so als Wegbereiter und treibende Kraft für die europäische Einigung dargestellt und Kohl als großer Europäer gewürdigt.



Ehrenformation von Bundeswehrsoldaten der deutsch-französischen Brigade auf den Champs Elysée
Paris, 14. Juli 2012

ECPAD/J. Peschel

1989 wird die deutsch-französische Brigade aufgestellt. Diese hat Modellcharakter für das spätere Eurokorps, dessen Teil sie inzwischen ist. Die Integration der Streitkräfte wird erfolgreich vertieft und ist ein wichtiges Element der Reaktionsfähigkeit von Europäischer Union (EU) und NATO. Die Brigade wird für friedenssichernde Operationen ebenso eingesetzt wie für die Katastrophenhilfe.



»Merkozy«

Cannes, 2. November 2011

Bundesregierung/Guido Bergmann

2011 treffen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy (*1955) regelmäßig, um über die Euro-Krise zu beraten. Die anderen europäischen Staats- und Regierungschefs schließen sich meist ihren Beschlüssen an, so dass dem deutsch-französischen Tandem eine Führungsrolle zukommt.



Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Parlamentsabkommens
Paris, 25. März 2019

AFP/Kenzo Tribouillard

2019 wird die deutsch-französische Zusammenarbeit durch den Aachener Vertrag und das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen weiter vertieft. Am 25. März 2019 unterzeichnen der Präsident des Deutschen Bundestags, Wolfgang Schäuble (l., *1942), und der Präsident der französischen Nationalversammlung, Richard Ferrand (*1962), das Abkommen über die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung, die sich aus je 50 Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der französischen Nationalversammlung zusammensetzt und zweimal jährlich tagen soll. Ziel ist es, die bilaterale Kooperation in einen europäischen Kontext zu stellen.

Die CDU für Europa

Die CDU ist die treibende Kraft der europäischen Integration. Mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beginnt der Prozess der europäischen Einigung. Dieser soll nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs den Frieden auf dem Kontinent dauerhaft sichern sowie die Staaten wirtschaftlich und politisch verbinden.

Seit 1947 kooperieren europäische Christliche Demokraten. Im Europäischen Parlament entsteht schon 1952 eine Christlich-Demokratische Fraktion. 1976 wird die Europäische Volkspartei (EVP) gegründet.

CDU-Politiker setzen sich von Anfang an für die Erweiterung und Vertiefung der Gemeinschaft ein.

Angela Merkel – »Retterin des Euro«

Berlin, 26. Januar 2011
Bundesregierung/Steffen Kugler

In der sogenannten Euro-Krise ab 2010 setzt sich Bundeskanzlerin Angela Merkel nachdrücklich für die Erhaltung und die Stabilität der gemeinsamen Währung ein. In der Presse wird sie deshalb als »Retterin des Euro« bezeichnet. Die CDU hat sich von Anfang an für die Etablierung der Gemeinschaftswährung eingesetzt.



Die EVP als Gemeinschaft christlich-demokratischer und liberalkonservativer Parteien

Averbode, 1988
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

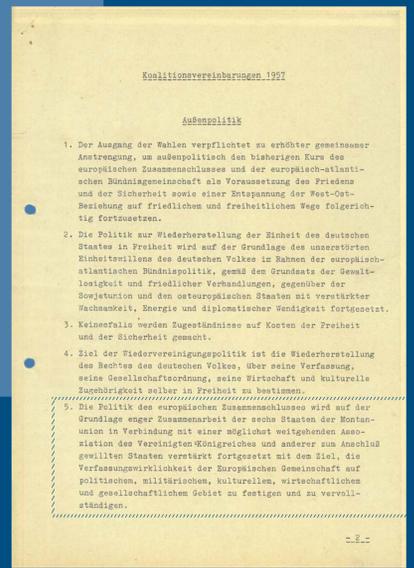
Die EVP ist eine eigenständige Partei auf europäischer Ebene mit fast 50 Mitgliedsparteien. Seit 1978 finden regelmäßig Kongresse statt. Im selben Jahr wurde ein erstes Programm verabschiedet, das seitdem immer weiter entwickelt wird.



Konrad Adenauer – Gründervater Europas

Denkmal für die Gründerväter Europas am Robert-Schuman-Haus in Scy-Chazelles
Wikimedia/Zurab Tsereteli

Konrad Adenauer gilt gemeinsam mit dem ersten Präsidenten der Hohen Behörde der EGKS Jean Monnet (1888–1979), dem französischen Außenminister Robert Schuman (1886–1963) und dem italienischen Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi (1881–1954) (v. l. n. r.) als einer der »Gründerväter Europas«, die durch die EGKS von 1951 sowie die EWG von 1957 die europäische Integration auf den Weg gebracht haben.



Europa in der Regierungspolitik der Union

Bonn, 1957
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Auf der ersten Seite der Koalitionsvereinbarung von CDU und Deutscher Partei aus dem Jahr 1957 wird das »Ziel, die Verfassungswirklichkeit der Europäischen Gemeinschaft auf politischem, militärischem, kulturellem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet zu festigen und zu vervollständigen«, ausdrücklich festgehalten.



Helmut Kohl – Ehrenbürger Europas

Wien, 11. Dezember 1998
Bundesregierung/Julia Fassbender

Nach Jean Monnet wird Helmut Kohl am 11. Dezember 1998 zum zweiten Ehrenbürger Europas ernannt. Der Europäische Rat würdigt damit Kohls »herausragenden Beitrag zur Entwicklung der Europäischen Union«, zum Beispiel seinen Einsatz für deren Osterweiterung. Als erstem Politiker wird Helmut Kohl 2017 außerdem ein Trauerakt im Europäischen Parlament zuteil.

»Für die Zukunft Deutschlands und für eine friedliche Entwicklung ist es von größter Bedeutung, daß alle unsere Nachbarn nach allen Seiten Mitglied der Europäischen Union werden.«

Helmut Kohl, 1997



CDU-Politiker in europäischen Spitzenämtern

Hans-Gert Pötering bei seiner Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments
Straßburg, 16. Januar 2007
Multimediacenter EP

Ursula von der Leyen bei ihrer Wahl durch das Europäische Parlament zur Präsidentin der EU-Kommission
Straßburg, 16. Juli 2019
Multimediacenter EP/Marc Dossmann

Seit Gründung der EGKS haben CDU-Politiker beständig Spitzenämter der europäischen Institutionen inne, so etwa Walter Hallstein (1901–1982) und Ursula von der Leyen das Amt des Präsidenten der Kommission sowie Hans Furler (1904–1975), Egon A. Klepsch (1930–2010) und Hans-Gert Pötering (*1945) das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments.



Transatlantische Partnerschaft

Die Partnerschaft mit den USA ist für die CDU unverzichtbar. Die Bundesrepublik teilt mit den USA Interessen und Werte. Konrad Adenauer tritt für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik im westlichen Rahmen ein. Mit dem Beitritt zur NATO 1955 wird Westdeutschland Teil der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft.

Gegenüber der Sowjetunion setzt das westliche Bündnis auf Erhalt der Verteidigungsfähigkeit, sieht aber zugleich die Notwendigkeit von Abrüstung. Die Union steht stets hinter diesem Ansatz. Seit der Deutschen Einheit und dem Ende des Kalten Kriegs unterstützt die CDU die Osterweiterung der NATO und befürwortet Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Sicherung von Frieden und Menschenrechten weltweit.

Für Frieden und Freiheit

Bonn, 1981
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Frieden und Freiheit lassen sich für die CDU nur in der NATO gegen die expansive Sowjetunion verteidigen. Sie unterstützt daher den NATO-Doppelbeschluss von 1979, der die Nachrüstung nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa und Verhandlungen der Supermächte über die Begrenzung dieser Waffen vorsieht. Der Beschluss zur Nachrüstung ist umstritten, trägt aber letztlich dazu bei, den Zerfall der Sowjetunion voranzutreiben.



»Das westliche Bündnis ist zu allererst ein politisches Bündnis, das auf den Werten und Idealen der freiheitlichen Demokratie aufgebaut ist. Die militärische Allianz der NATO dient der Sicherung dieser Werte.«

Helmut Kohl, 1981



Konrad Adenauer bei einer Pressekonferenz vor der Unterzeichnung der Pariser Verträge

V.l.n.r.: Pierre Mendès France (1907-1982), Ministerpräsident Frankreichs; Konrad Adenauer; Anthony Eden (1897-1977), Außenminister Großbritanniens; John Foster Dulles (1888-1959), Außenminister der USA

Paris, 20. Oktober 1954
Keystone/Keystone

Am 23. Oktober 1954 werden die Pariser Verträge unterzeichnet. Die Bundesrepublik tritt damit der NATO bei und wird weitgehend souverän. Sie ist nun tief im Westen verankert, was für Adenauer auch ein wichtiger Schritt zur Erlangung der Deutschen Einheit ist.



Helmut Kohl und Bundesverteidigungsminister Volker Rühe (l., *1942) begrüßen rückkehrende Soldaten des ersten IFOR-Kontingents

Köln, 17. April 1996
Bundesregierung/Christian Stutterheim

Schon vor der Deutschen Einheit fördert der amerikanische Präsident George H. W. Bush (1924-2018) von der Bundesrepublik, als »partner in leadership« sicherheitspolitische Verantwortung weltweit zu übernehmen. Die CDU befürwortet seit 1990 den Einsatz der Bundeswehr bei friedenserhaltenden und friedenssichernden Maßnahmen auch außerhalb des NATO-Gebiets im Rahmen von NATO- oder UN-Mandaten wie beispielsweise die unter NATO-Kommando stehenden Implementation Force (IFOR) in Bosnien und Herzegovina von 1995 bis 1996.



Einsatz für die Osterweiterung der NATO

Eduard Schewardnadse (l., 1928-2014), sowjetischer Außenminister, und Manfred Wörner (1934-1994), NATO-Generalsekretär

Brüssel, 19. Dezember 1989
picture alliance/Agence Belga S.A.

Zu Manfred Wörners Verdiensten als NATO-Generalsekretär zählt die Anpassung der Allianz an die neue sicherheitspolitische Lage nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Mit der Osterweiterung der NATO werden die demokratischen, marktwirtschaftlichen und politischen Reformen in den Beitrittsländern mit sicherheitspolitischen Mitteln unterstützt. Gleichzeitig bemüht sich die NATO, die russischen Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen.

»Leader of the Free World«

Washington/DC, 7. Juni 2011
Wikimedia/Pete Souza

Nach Helmut Kohl ist Angela Merkel (l.) die zweite Deutsche, der die höchste zivile Auszeichnung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Presidential Medal of Freedom, verliehen wird. Am Ende seiner Amtszeit bezeichnet der amerikanische Präsident Barack Obama (*1961) Merkel als »the leader of the free world«. Auch in Zeiten transatlantischer Herausforderungen bleiben gute Beziehungen zu den USA für die CDU zentral für eine erfolgreiche Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.



Einheit in Freiheit

Für Adenauer ist die deutsche Einheit nur in Freiheit denkbar. Er lehnt Neutralität ab und tritt für die Westbindung ein. Gegenüber der DDR sieht sich die Bundesregierung als einzig legitimierte Vertreterin des deutschen Volkes.

Als sich die sozialliberale Regierung an den Osten annähert, hält die CDU weiter die deutsche Frage offen. 1989/90 ergibt sich die Chance zur Wiedervereinigung. Helmut Kohl nutzt nun beherzt die Möglichkeit, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu verwirklichen.



Der Sündenfall

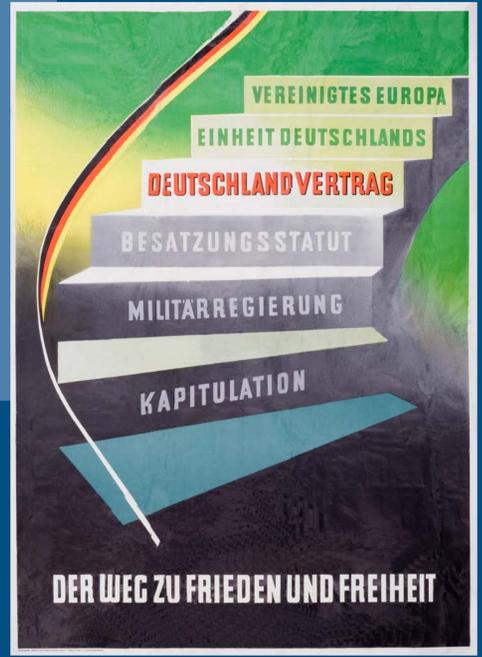
Bundesrepublik Deutschland, 1967
Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Horst Holtzinger

Die Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (hinten) und Außenminister Willy Brandt (vorne, SPD, 1913–1992) versucht angesichts veränderter internationaler Umstände, der Ost- und Deutschlandpolitik neue Impulse zu geben. Indem Kiesinger 1967 einen Brief des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Willi Stoph (1914–1999), annimmt, zeigt er seine Gesprächsbereitschaft, relativiert aber auch den Alleinvertretungsanspruch, den die Bundesrepublik gegenüber der DDR vertritt.

Der Weg zu Frieden und Einheit

Frankfurt/Main, 1952
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Adenauers Gegner sehen durch die Politik der Westbindung das Ziel der Wiedervereinigung gefährdet. Für Adenauer ist die Integration in einen starken Westen und die Wiedererlangung einer begrenzten Souveränität durch den Deutschlandvertrag, der das Besatzungsstatut aufhebt, Voraussetzung, um langfristig die Einheit Deutschlands und Europas in Freiheit zu erreichen.



Freiheit und Einheit durch Selbstbestimmung



Freiheit und Einheit für das gesamte deutsche Volk zu erringen, ist Aufgabe der deutschen Politik. In Frieden wollen wir die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes überwinden. Der Wille der deutschen Nation zur Einheit behält seine geschichtliche Kraft.
Solang das Recht auf Selbstbestimmung nicht durch alle Deutschen ausgeübt werden kann, ist die Bundesrepublik Deutschland Treuhänder für eine freiheitliche Ordnung aller Deutschen.
Die Deutsche Frage ist offen. Wir werden das Bewußtsein von Deutschland in allen seinen Teilen bewahren und lebendig erhalten.
Alle Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit ausländischen Staaten und mit der DDR sind verbindlich. Wir wollen mit unseren deutschen Nachbarn in Frieden leben. Daher sind wir zu fairer Zusammenarbeit mit allen Regierungen des Ostblocks bereit.



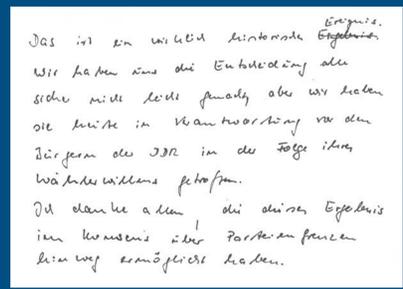
Offenhalten der deutschen Frage

Bonn, 1979
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Die sozialliberale Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt schließt Anfang der 1970er Jahre mit der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei Gewaltvertragsverträge. Die CDU ist zunächst skeptisch gegenüber der Neuen Ostpolitik. Als Bundeskanzler erkennt Helmut Kohl die Ostverträge jedoch an und bemüht sich besonders darum, weitere Erleichterungen für die Menschen in der DDR zu erzielen. Die Union hält dabei die deutsche Frage offen und achtet darauf, keine deutschlandpolitischen Rechtspositionen aufzugeben.

»Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zulässt, die Einheit unserer Nation.«

Helmut Kohl, 1989



Redenotiz der Präsidentin der Volkskammer, Sabine Bergmann-Pohl (*1946)

Berlin, 23. August 1990
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Mit dem Beschluss der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR über den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes kann 1990 der Einigungsvertrag geschlossen werden. Damit bestätigt sich Adenauers Überzeugung, dass freie Wahlen ein entscheidender Schritt zur Einheit seien. Mit dem sogenannten Zwei-Plus-Vier-Vertrag besiegeln die vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs und die beiden deutschen Staaten wenig später die Einheit Deutschlands.

Die internationale Dimension des Einigungsprozesses

V. l. n. r.: Michail Gorbatschow (*1931), George H. W. Bush und Helmut Kohl bei der Verleihung des Point-Alpha-Preises für ihre Verdienste um die Deutsche Einheit

Geisa, 17. Juni 2005
dpa/Martin Schutt

Während die USA unter ihrem Präsidenten George H. W. Bush den deutschen Einigungsprozess unterstützen, hegen Großbritannien und Frankreich zunächst Vorbehalte. Da sich Helmut Kohl für die Einbindung des vereinten Deutschlands in die Europäischen Gemeinschaften einsetzt, können diese Sorgen jedoch zerstreut werden. Als der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung und Wahl der Bündniszugehörigkeit anerkennt, ist international der Weg zur Einheit frei.



Helmut Kohl erfährt in Polen vom Fall der Mauer

V. l. n. r.: Helmut Kohl, Tadeusz Mazowiecki (1927–2013), Ministerpräsident Polens, Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister

Warschau, 9. November 1989
Bundesregierung/Arnie Scharnbeck

Vom 8. bis 14. November 1989 reist Helmut Kohl nach Polen, um mit dem ersten demokratisch legitimierten Ministerpräsidenten Polens nach dem Zweiten Weltkrieg, Tadeusz Mazowiecki, neue partnerschaftliche Beziehungen einzuleiten. Während des Staatsbanketts erfährt Kohl vom Fall der Mauer und fliegt sofort nach Berlin. Bereits am nächsten Tag kehrt er jedoch zurück. Die Aussöhnung mit Polen bleibt nach wie vor ein wichtiges Anliegen der CDU.



Helmut Kohl auf seiner Wahlreise in Erfurt

Erfurt, 22. Februar 1990
dpa – Report

Nach dem Mauerfall wirkt die wirtschaftlich attraktive freiheitlich-demokratische Bundesrepublik wie ein Magnet auf die Menschen in der DDR. Helmut Kohl nimmt ihren Ruf »Wir sind ein Volk!« auf und tritt für eine zügige Vereinigung Deutschlands ein, zu deren Erlangung er Ende November 1989 ein 10-Punkte-Programm vorgelegt hat.

Die CDU in Ost und West

Die in der Sowjetischen Besatzungszone gegründete CDU kann dort bald keine freie Parteiarbeit mehr leisten. Die CDU der SBZ/DDR wird als Blockpartei gleichgeschaltet. Regimekritische Kräfte werden konsequent verfolgt. Ende der 1980er Jahre zeigt sich der Reformwille der Basis: Sie fordert freie Wahlen und Unabhängigkeit von der SED. Große Teile der CDU unterstützen die friedliche Revolution.

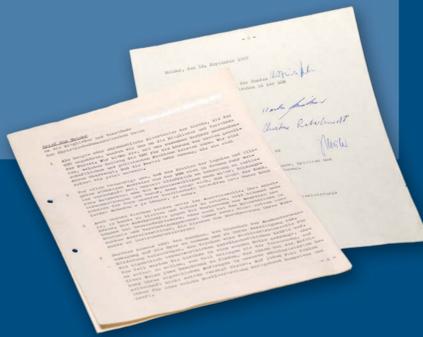
In der ersten frei gewählten DDR-Volkskammer treibt die CDU den deutschen Einigungsprozess voran. 1990 vereinigt sie sich mit der bundesdeutschen CDU. Die zwei Teile der CDU wachsen ab nun immer enger zusammen.



Zwei Wege in der CDU der DDR
Hugo Dornhofer (l., 1896–1977) und Gerald Götting (1923–2015)

O. O., o. D.; O. O., 30. Mai 1961
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Bundesarchiv/Peter Heinz Junge

Hugo Dornhofer ist Gründungsmitglied der CDU im Eichsfeld, stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Thüringen und Mitglied des Landtags. Wegen seiner bürgerlich-demokratischen Überzeugung und seines Widerstands gegen die Gleichschaltung der Institutionen entlässt ihn die sowjetische Besatzungsmacht 1947/48 aus seinen Ämtern. 1952 inhaftiert ihn die Staatssicherheit der DDR. In einem Schauprozess wird er zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Gerald Götting trägt hingegen ab 1949 als Generalsekretär der CDU der DDR maßgeblich zur Gleichschaltung seiner Partei als Blockpartei bei und führt sie als Vorsitzender von 1966 bis 1989 im Sinne des Regimes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).



Brief aus Weimar

Weimar, 10. September 1989
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V./Marie-Lisa Noltenius

Seit Mitte der 1980er Jahre wächst in der DDR der Druck der Blockpartei-Mitglieder auf ihre Leitungen. Der Brief aus Weimar, den vier Mitglieder der CDU der DDR an ihre Parteileitung schicken, wird zum Katalysator des Reformverlangens an der Basis. Seine Autoren fordern mehr Eigenständigkeit gegenüber der SED, Reise- und Pressefreiheit sowie ein neues Wahlgesetz.



Die Teilung der CDU

West-Berlin, 1951
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

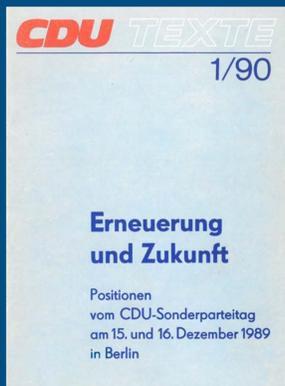
Der in der Sowjetischen Besatzungszone gegründeten CDU wird bald klar, dass die sowjetischen Besatzer den demokratischen Parteien keine wirkliche Autonomie zugestehen und deren Gleichschaltung vorantreiben. Vor diesem Hintergrund entsteht in West-Berlin 1950 die Exil-CDU unter dem Vorsitz von Jakob Kaiser. Diese sieht sich als allein legitimierte Vertretung der CDU-Mitglieder aus der DDR.



Plakat der Allianz für Deutschland zur Volkskammerwahl am 18. März 1990

DDR, 1990
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Bei den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 treten die CDU der DDR, der Demokratische Aufbruch (DA) und die Deutsche Soziale Union (DSU) gemeinsam im Wahlbündnis Allianz für Deutschland an, das von der bundesdeutschen CDU unterstützt wird. Die CDU der DDR gewinnt die Wahl mit 40,8 Prozent der Stimmen. Ihr Vorsitzender Lothar de Maizière (*1940) wird Ministerpräsident und setzt sich für die deutsche Einigung ein.



Erneuerung und Zukunft - Positionen vom CDU-Sonderparteitag

Berlin, 15./16. Dezember 1989
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Bei einem Sonderparteitag präsentiert sich eine personell, organisatorisch und programmatisch erneuerte CDU der DDR. Die demokratisch gewählten Delegierten bekennen die Mitschuld ihrer Partei an den Fehlentwicklungen in der DDR, vollziehen die Abkehr vom Sozialismus und sprechen sich für innerparteiliche und staatliche Demokratie, für Soziale Marktwirtschaft und für die Deutsche Einheit aus.



Erster Parteitag der gesamtdeutschen CDU

Helmut Kohl (l.) und Lothar de Maizière (r.), Vorsitzender der CDU der DDR und Ministerpräsident der DDR

Hamburg, 1./2. Oktober 1990
dpa - Bildarchiv

Beim CDU-Bundesparteitag am 1./2. Oktober 1990 erklären die im Verlauf des Jahres neu errichteten Landesverbände der CDU der DDR ihren Beitritt zur Christlich Demokratischen Union Deutschlands. In den Wochen zuvor hatten sich der Demokratische Aufbruch und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands mit der CDU der DDR vereinigt.

Soziale Marktwirtschaft

1949 stellt die CDU mit den Düsseldorfer Leitsätzen die Weichen in Richtung Soziale Marktwirtschaft. Bis heute ist sie Basis unserer wirtschaftlichen Grundordnung und hat sich über die Bundesrepublik hinaus etabliert. 2007 wird sie auch im EU-Vertrag von Lissabon verankert.

Im Verständnis der CDU vereint die Soziale Marktwirtschaft Elemente des Ordoliberalismus mit Grundsätzen und Ideen der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik:

- › Freiheit und Eigenverantwortung
- › Solidarität und soziale Gerechtigkeit

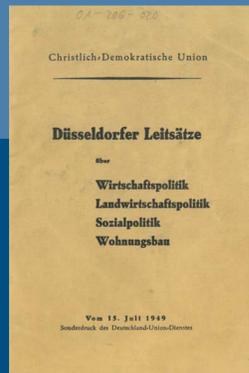
Als wertgebundenes Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept basiert sie auf dem christlichen Menschenbild und stellt die einzelne Person in den Mittelpunkt.

»Wohlstand für Alle«

Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard liest in seinem 1957 erschienenen Buch »Wohlstand für Alle«.

Berlin, 2008
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Auch wenn sich die Rahmenbedingungen rasant verändern, bleiben die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft gültig. Geht es in der Nachkriegszeit zunächst um den Wiederaufbau und die Linderung der Kriegsfolgen, steht die Politik heute vor der Aufgabe, die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft zu bewahren sowie wirtschaftliches Wachstum und Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden.



Wegweisendes Wirtschaftsprogramm der CDU

Düsseldorf, 15. Juli 1949
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik

1949 werden die Düsseldorfer Leitsätze als Wirtschaftsprogramm der CDU für die erste Bundestagswahl verabschiedet. Damit wird die Soziale Marktwirtschaft zum wirtschaftspolitischen Leitbild der Partei. Sie wird definiert als »sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft«.



Debatten um die Wirtschaftspolitik

Nordrhein-Westfalen, Oktober 1948
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Die Gründungszeit der CDU ist geprägt von Debatten um die wirtschaftspolitische Grundlinie der Partei. Vertreter des Gewerkschaftsflügels um Johannes Albars (1890–1963) und Karl Arnold plädieren zunächst für einen »christlichen Sozialismus«. Im Frankfurter Wirtschaftsrat setzt Ludwig Erhard stattdessen auf die Soziale Marktwirtschaft.



Ludwig Erhard (r.) im Gespräch mit Alfred Müller-Armack

Köln, 10. Februar 1965
Bundesregierung/Ludwig Wegmann

Vertreter des Ordoliberalismus wie Franz Böhm (1895–1977), Walter Eucken (1891–1950) und Wilhelm Röpke (1899–1966) gehören zu den Vordenkern der Sozialen Marktwirtschaft. Während der Begriff von dem Ökonomen Alfred Müller-Armack (1901–1978) geprägt wurde, setzt Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft in der CDU gemeinsam mit Konrad Adenauer durch.

»Sinn der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.«

Alfred Müller-Armack, 1956



»Wirtschaftswunder«

Comic zur Bundestagswahl

Bielefeld, 1961
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Die Währungsreform von 1948 ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg der Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft. Nach den ersten schwierigen Aufbaujahren verbessert sich Anfang der 1950er Jahre die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik rasant. Die anfangs umstrittene Politik Erhards erweist sich als erfolgreich.

Freiheit in Verantwortung

Die Soziale Marktwirtschaft sichert größtmögliche Freiheit. Jeder soll vom Wirtschaftswachstum profitieren können. Flankierende sozialpolitische Maßnahmen schützen diejenigen, die es im freien Spiel der Marktkräfte schwerer haben, aufgrund von Krankheit, Invalidität oder Alter.

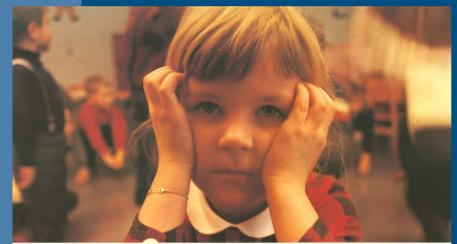
Die CDU stellt die zentralen Weichen in der Sozialpolitik. Alle wesentlichen Leistungen gehen auf sie zurück.

Dabei tariert sie das bestehende Spannungsverhältnis zwischen Freiheit, Eigenverantwortung und sozialem Ausgleich immer wieder neu aus und passt es an die Rahmenbedingungen einer globalisierten und digitalisierten Welt an.

Familie – Grundlage unserer Gesellschaft

Bonn, 1979
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Seit Ihrer Gründung hat die Familienpolitik für die CDU zentrale Bedeutung. Das traditionelle Familienbild der Ara Adenauer entwickelt sich in den 1970er Jahren weiter. Von nun an stehen die Gleichwertigkeit von Familien- und Erwerbsarbeit sowie die Wahlfreiheit im Mittelpunkt der Familienpolitik der CDU: Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie sich ausschließlich der Familie widmen oder ganz bzw. teilweise erwerbstätig sein möchten.



Einführung der dynamischen Rente
Frauen vor einer Informationstafel für Rentenzahlungen

Bonn, 28. Dezember 1957
Bundesregierung/Egon Steiner

Die Einführung der dynamischen Rente 1957 zählt zu den herausragenden sozialpolitischen Leistungen der CDU. Aufgrund des demographischen Wandels kann die Rente aber nicht mehr allein durch das Umlageverfahren im Generationenvertrag gesichert werden. Seit den 1970er Jahren tritt die CDU daher für die Förderung betrieblicher und privater Altersvorsorge ein.



CDU-Generalsekretär Heiner Geißler (l.) und Kurt Biedenkopf (r.) auf dem Bundesparteitag in Ludwigshafen

Ludwigshafen, 23.-25. Oktober 1978
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Die CDU strebt einen Ausgleich zwischen liberaler Wirtschaftspolitik und sozialpolitischen Maßnahmen an. Dabei kommt es auch zu Spannungen zwischen ihren Arbeitnehmerschüssen und ihrem Wirtschaftsflügel. In den 1970/80er Jahren stehen Biedenkopf (*1930) und Geißler (1930-2017) für die unterschiedlichen Positionen in der Partei. Während Geißler für eine Neuaufrichtung der Sozialpolitik eintritt, plädiert Biedenkopf für eine stärker wirtschaftsliberale Positionierung der CDU.

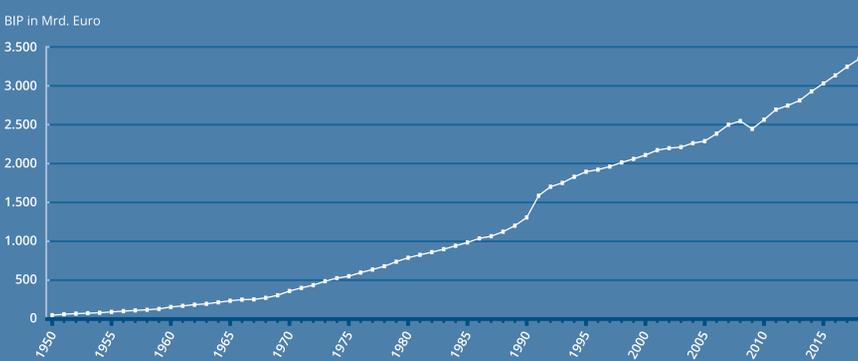


„Eigentum für jeden.“

Bonn, 1972
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Das Recht auf privates Eigentum ist für die CDU seit ihrer Gründung zentral und wird zu einem Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. Eigentum soll zum einen die persönliche Freiheit fördern. Gleichzeitig soll es aber auch dem Allgemeinwohl dienen.

Wirtschaftswachstum seit 1950



Stabile Währung

Bonn, 1986
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Die Schaffung einer stabilen Währung gehört zu den Schlüsselfaktoren für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. Die CDU tritt für eine stabilitätsorientierte und unabhängige Geldpolitik ein. So wird die D-Mark zum Symbol des schnellen wirtschaftlichen Aufstiegs der 1950er Jahre und entwickelt sich zu einer der angesehensten und stabilsten Währungen der Welt. Auch in Zeiten des Euro setzt die CDU ihre Stabilitätspolitik fort.

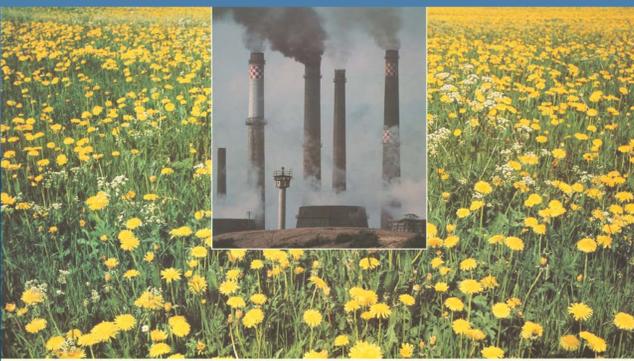
Wussten Sie schon...?

Die Gründung der CDU vor 75 Jahren war bahnbrechend. Sie überwand die Spaltung des bürgerlichen Lagers und stellte nach 1945 die entscheidenden politischen Weichen. In ihrer ereignisreichen Geschichte gibt es auch verschiedene überraschende Themen und Aspekte, die man nicht unmittelbar mit der CDU verbindet.



Erste Bundesministerin
Bonn, um 1957
Bundesarchiv

Am 14. November 1961 wird Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986) als Bundesministerin vereidigt. Die aus dem nationalliberalen Lager kommende Protestantin übernimmt das Bundesministerium für Gesundheit. In Nordrhein-Westfalen wurde mit Christine Teusch bereits am 18. Dezember 1947 erstmals auf Landesebene eine Frau zur Ministerin ernannt.



Umweltschutz ~~oder~~ und Wirtschaftswachstum.

Eine Alternative gibt es nicht. Beides ist mit einer zukunftsorientierten Politik zu erreichen. Umweltschutz konkurriert nicht zwangsläufig mit wirtschaftlichem Wachstum, er schafft auch Arbeitsplätze. Für eine lebens-

werte Zukunft müssen wir wirtschaftliches Wachstum und Schonung unserer Umwelt miteinander in Einklang bringen. Die CDU packt dieses Zukunftsproblem an. Auf der wissenschaftlichen Fachtagung „Lebenswerte Zukunft“ hat sie Lösungsstrategien aufgezeigt.

Gesundes Wachstum in einer gesunden Umwelt – beides zusammen ist für uns Chance und Verpflichtung zugleich.



Umweltminister
Bonn, 7. Mai 1987
dpa – Report/Peter Papp

1986 wird unter Bundeskanzler Helmut Kohl das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eingerichtet. 1987 wird Klaus Töpfer (*1938) Umweltminister. In seine Amtszeit fallen die Einführung des »Grünen Punkts«, das Verbot von FCKW und die erste internationale Umweltkonferenz in Rio.



Frauenspitze
Annegret Kramp-Karrenbauer (l., *1962), CDU-Bundesvorsitzende, und Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Hamburg, 7. Dezember 2018
picture alliance/Christian Charisius/dpa

2000 wird Angela Merkel zur ersten Bundesvorsitzenden der CDU gewählt, fünf Jahre später wird sie erste Bundeskanzlerin. Den Parteivorsitz gibt Merkel nach 18 Jahren ab. Auf dem Hamburger Parteitag wird 2018 mit Annegret Kramp-Karrenbauer erneut eine Frau Bundesvorsitzende der CDU.

Umweltschutz UND Wirtschaftswachstum

Bonn, um 1980
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

Die Bewahrung der Schöpfung ist ein genuin christlich-demokratisches Anliegen. Bereits 1959 wird unter Bundeskanzler Konrad Adenauer das Gesetz zur Reinhaltung der Luft verabschiedet. Von 1969 an konzipiert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Opposition erstmals ein umweltpolitisches Gesamtprogramm. 1994 tritt die CDU in ihrem Hamburger Programm für eine »Ökologische Soziale Marktwirtschaft« ein.

Integration

Union in Deutschland:
Ausländische Arbeitnehmer – unsere Mitbürger

Bonn, 1977
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Seit den 1970er Jahren befasst sich die CDU intensiv mit der Integration ausländischer Arbeitnehmer und deren Familien. Bereits 1966 richtet Bundesarbeitsminister Hans Katzer (1919–1996) einen Koordinierungskreis »Ausländische Arbeitnehmer« ein, der sich mit Integrationsfragen befasst. Eine entsprechende Arbeitsgruppe bildet 1971 auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 1977 legt die CDU als erste Partei ein umfassendes Gesamtkonzept vor.



Ausländische Arbeitnehmer – unsere Mitbürger

Konzept der CDU zur Ausländerpolitik

Der Vorsitzende des Bundesausschusses Innenpolitik der CDU, Heinz Schwarz, MdB, hat am 3. August 1977 das vom Bundesausschuss verabschiedete Konzept der CDU zur Ausländerpolitik der Presse vorgestellt. Mit dem Konzept legt die CDU als erste Partei ein umfassendes Papier zur Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik vor. Die Vorschläge gehen von der Tatsache aus, daß in unserem Land z. Zt. rund 3,9 Millionen Ausländer leben, davon gut 50 Prozent schon über sechs Jahre. Die vorgeschlagenen Maßnahmen berücksichtigen die gegenwärtige und mittelfristig zu erwartende Arbeitsmarktlage und dienen dazu, die soziale Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in unsere Gesellschaft zu erleichtern.

Ausländerpolitik tut not

Ausländerpolitik ist bei den immer noch bestehenden hohen Arbeitslosenzahlen ein heißes Eisen. Die Bundesregierung hat bis heute kein Konzept zur Ausländerpolitik vorgelegt. Dabei werden die Probleme aufgrund der Beschäftigung von Ausländern immer drängender. Viele Ausländer leben schon seit Jahren in unserem Land. Aus zahlreichen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens sind die ausländischen Arbeitnehmer nicht mehr hinwegzudenken. Manche Bezirke deutscher Großstädte haben im Verlauf der letzten Jahre vollständig ihr Gesicht gewandelt und sind zu regelrechten Ausländervierteln geworden. Diese Entwicklungen haben eine Fülle von Problemen mit sich gebracht, wobei Fragen der Integration am Arbeitsplatz, Eingliederung der Familien, insbesondere der heranwachsenden Kinder und Jugendlichen, der Wohnraumbeschaffung, der sogenannten »Illegalen« und der Ausländerkriminalität besonders sichtbar sind.



Erster Integrationsminister

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Nordrhein-Westfalen

Berlin, 18. Januar 2007
Süddeutsche Zeitung Photo/Marco Urban

Seit den 1990er Jahren gewinnt die Integrationspolitik weiter an Bedeutung und wandelt sich. 2005 wird in Nordrhein-Westfalen mit Armin Laschet erstmals in der Bundesrepublik ein Integrationsminister berufen. Wurde in den Parteiprogrammen lange Zeit betont, dass Deutschland kein Zuwanderungsland sei, bezeichnet die CDU in ihrem Grundsatzzprogramm von 2007 unter dem Titel »Integrationsland Deutschland« die Integration von Zuwanderern als Schlüsselaufgabe.

Impressum

Eine Ausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik
www.kas.de

Gesamtleitung:
Michael Borchard/Matthias Oppermann

Wissenschaftliche Koordinierung und Projektleitung:
Judith Michel/Kathrin Zehender

Koordination Sankt Augustin:
Andreas Grau

Wissenschaftliche Mitarbeiter/innen:
Christopher Beckmann/Kordula Kühlem/Jan Philipp Wölbern

Plakat-/Bildrecherche:
Hans-Jürgen Klegraf/Marie-Lisa Noltenius

Lektorat: Denise Lindsay

Ausstellungsgrafik: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Grafikproduktion: reproplan Berlin oHG

Bildrechte Starttafel: Merkel-Plakat © CDU-BGST, Berlin. Agentur: Mc-Cann-Erickson Hamburg GmbH. Werbeagentur shipyard. Foto: Matthias Bothor; Merkel-Raute © Foto „Hände“: Laurence Chaperon. Idee und grafische Umsetzung: Blumberry GmbH, Berlin; alle weiteren Plakate © Konrad-Adenauer-Stiftung.

Wir danken allen, die uns Bildvorlagen zur Verfügung gestellt haben.

Wir haben uns intensiv darum bemüht, alle Rechteinhaber ausfindig zu machen und zu kontaktieren. Sollte uns das im einen oder anderen Fall nicht möglich gewesen sein, bitten wir etwaige Rechteinhaber, sich mit uns in Verbindung zu setzen.